

# Liechtensteiner Volksblatt

Erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.

## AKTUELL

### Kundgebung gegen Rumänien

In der Budapester Innenstadt haben am Montag über 30 000 Menschen gegen die rumänische Minderheitenpolitik protestiert. Inoffizielle Schätzungen sprachen von 100 000. Rumäniens Partei- und Staatschef Nicolae Ceausescu will im Rahmen einer Landreform etwa 8000 Dörfer niederreißen, in denen vor allem ungarische und deutsche Minderheiten leben.

### Polizeieinsatz in Seoul

Wegen der Sicherheit während der olympischen Spiele im kommenden September in Seoul soll die dortige Polizei künftig gegen Strassenkundgebungen härter durchgreifen. Das haben am Dienstag Seouler Zeitungen berichtet. Innenminister Lee Choon Koo glaubt an mögliche Unruhen in der Nähe von Sportstätten.

### Kein Truppenabzug

Der amerikanische Verteidigungsminister Frank Carlucci hat im Presseclub in Washington am Montag erklärt, die USA zögen wegen Meinungsunterschieden über den Lastenausgleich mit den Nato-Partnern keine Truppen aus West-Europa ab. Einige Partner müssten jedoch ihre finanziellen Belastungen verstärken.

### Militärattaché ermordet

Der amerikanische Militärattaché in Athen, Kapitän E. Nordeen, ist am Dienstag morgen durch eine Explosion einer Autobombe ermordet worden. Diese wurde gezündet, als er am geladenen Auto vorbeifuhr.



Der FBP-Landesausschuss tagte am Montag abend letztmals vor der Sommerpause. Die gut besuchte Versammlung nahm die Nominierungen in verschiedene Verwaltungsräte und Kommissionen vor und liess sich von Mitgliedern der Regierung und Vertretern des Landtags über wichtige Geschäfte informieren. (Bild: H.M.)

## Wichtige Themen für den FBP-Landesausschuss

Nomination der neuen Mitglieder für Verwaltungsratsmandate – Landtags- und Regierungsarbeit

Eine Reihe wichtiger Fragen stand auf der Tagesordnung der FBP-Landesausschussitzung vom Montag abend. Der Saal des Hotels «Falknis» war bis auf den letzten Platz gefüllt, als FBP-Präsident Emanuel Vogt die Sitzung mit der Begrüssung der neu zugewählten Landesausschussmitglieder begann. Als erstes Geschäft wurden die Nominierungen für die Verwaltungsratsposten vorgenommen, dann berichteten Regierungsmitglieder und Landtagsvertreter über die Arbeit in Regierung und Landtag.

Die FBP hat sich in den letzten zwei Jahren vermehrt aktuellen Fragen angenommen, die eingehend in Klausurtagungen oder im Rahmen von Informations-

veranstaltungen erörtert wurden. FBP-Präsident Emanuel Vogt kann sich über Zuspruch zu diesen Veranstaltungen nicht beklagen, wie die Energietagung mit ausgewiesenen Fachleuten zeigte. Das Interesse an der Landesausschussitzung war wohl deshalb so gross, weil auch hier wichtige Themen zur Entscheidung und Diskussion anstanden.

Nach der Nomination der neuen Verwaltungsratsmitglieder in die Landesanstalten AHV, LKW, Landesbank und Kunstsammlungen sowie in die Landessteuernkommission und die Landesgrundverkehrscommission gaben Regierungschef-Stellvertreter Dr. Herbert Wille und Regierungsrat Wilfried Büchel einen

Überblick über ihre Tätigkeit in der Regierung. Aus den von ihnen geleiteten Ressorts stehen verschiedene Vorlagen zur Beratung durch den Landtag an. Berichte gingen dem Parlament zur Stellungnahme zu wichtigen Vorlagen befinden sich in Vorbereitung. Der Landtag hat sich deshalb, wie FBP-Fraktionssprecher Josef Biedermann anschliessend anhand der Traktandenliste der Landtagsitzung vom Mittwoch und Donnerstag erklärte, nicht über mangelnde Arbeit zu beklagen. Die konstruktive Arbeit der FBP soll, wie FBP-Präsident Emanuel Vogt ausführte, auch in Zukunft auf Gemeinde- und Landesebene fortgeführt werden.

## «Lokale» Schulversuche zur Schülerbeurteilung

Die Problematik der möglichst objektiven Schülerbeurteilung beschäftigt Schulbehörden, Lehrer und Eltern schon seit längerer Zeit in unserem Land. Nun werden, wie aus der neuesten Ausgabe des «Volksbildhauer», der Zeitung des Liechtensteiner Primarlehrervereins, hervorgeht, neue Schritte mit der Durchführung von Schulversuchen unternommen. Eine aus Vertretern des Schulumtes, der Elternschaft, der Lehrer weiterführender Schulen und der Primarlehrer bestehende Arbeitsgruppe fasste «lokale Schulversuche» ins Auge, die den einzelnen Schülern ermöglichen, das Versuchsmodell selbstständig zu wählen.

Der «Volksbildhauer» spart nicht mit Kritik am bisherigen Vorgehen: «Bisher beschränkten sich Reformbestrebungen zum Thema «Schülerbeurteilung» auf Schulversuche in den ersten beiden Klassen der Primarschule sowie auf Formulierungen von Leitideen.» Der Vorstand des Schulumtes, Dr. Josef Wolf, habe nun jedoch die Bildung einer gemischten Arbeitsgruppe ermöglicht, deren vorläufiges Ergebnis die Durchführung von Schulversuchen darstellt.

Bis Herbst 1988 soll die Projektskizze für den «lokalen Schulversuch» vorliegen, ein Jahr später soll mit dem Versuch begonnen werden.

## Weltweit hohe Erdgasreserven

Zürich (spk) Weltweit hat es sicher gewinnbare Erdgasreserven in der Grössenordnung von 313 000 Mrd Kubikmeter, wie Eric Georgis, Präsident der Swissgas, gestern Deinstag an deren Generalversammlung erwähnte. Diese Ressourcen entsprechen dem 167fachen des globalen Erdgasverbrauchs von 1875 Mrd Kubikmeter 1987 und gewährleisten eine hohe Erdgasversorgung.

Allein zwischen 1985 und 1987 haben die nachgewiesenen Reserven um 19 Prozent zugenommen und sind um das Siebenfache stärker gewachsen als der Verbrauch. In der Schweiz stieg der Erdgasverbrauch im vergangenen Jahr um rund 8 Prozent; er beträgt ebenfalls etwa 8 Prozent des gesamten Energieverbrauchs.

## Keine Identifikation mehr mit dem Staat

Bern (AP) Eine immer grössere Zahl von Jugendlichen kann sich nach Auffassung der Eidgenössischen Jugendkommission nicht mehr mit dem Staat identifizieren. Diesen Schluss zog die Jugendkommission in einer Bilanz über ihr zehnjähriges Wirken, wie sie am Dienstag in Bern mitteilte. Trotz einiger konkreter Realisierungen habe sich die Grundhaltung eines grossen Teils der Schweizer Bevölkerung den Jungen gegenüber nicht verändert.

Für viele Jugendlichen sei der Staat nur mehr eine autoritäre, äussere Macht. Die ablehnende Haltung gegenüber dem Andersartigen, der fehlende Dialog und der vermehrte Einsatz der Polizei wie beispielsweise in Bern bei den Zaffaraya-Bewohnern und in Basel bei der alten Stadtgärtnerei seien Beweise dafür.

## Wien dementiert Papst-Attentatsplan

Wien (spk/dpa) Während des Papstbesuches in Wien hat es weder den Versuch eines Anschlags noch entsprechende Pläne gegeben. Der österreichische Innenminister Karl Blecha wies am Dienstag einen Bericht des amerikanischen Fernsehens ABC zurück, wonach Hinweise zu einem geplanten Mord an Johannes Paul II. gefunden worden seien.

Laut den Ausführungen Blechas sind zwar tatsächlich vorübergehend zwei Türken festgenommen worden. Sie hätten aber lediglich einen Anschlagversuch vorgetäuscht, um sich «in die Weltpresse zu bringen». «Es hat keine Gefahr für den Papst bestanden», stellte der Minister im Österreichischen Rundfunk (ORF) fest.

ABC hatte am Montag gemeldet, Anti-Terror-Einheiten hätten in der vergangenen Woche in einem moslemischen Gebetshaus in Wien Hinweise auf eine Verschwörung zur Ermordung des Papstes gefunden.

Die Hinweise deuteten darauf hin, dass von einer Baustelle neben dem Stephansdom auf den Papst geschossen werden sollte. Durch einen anonymen Hinweis seien in dem Gebetshaus Fotos gefunden worden, auf denen Positionen für Scharfschützen und Schusswinkel eingezeichnet waren.

## LANV fordert Verbesserung des Kündigungsschutzes

Eingabe an die Regierung – Ähnliche Gesetzesrevision wie in der Schweiz beantragt

Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz des Arbeitnehmers vor Kündigung werden möglicherweise bald einer Revision und Anpassung unterzogen. Der Liechtensteinische Arbeitnehmerverband (LANV) hat, wie aus der neuesten Ausgabe der LANV-Information hervorgeht, eine entsprechende Eingabe an die Regierung gerichtet.

Ausgangspunkt für den LANV-Vorstoß an die Regierung ist die Änderung des Gesetzes über das Arbeitsvertragsrecht in der Schweiz, die wesentliche Verbesserungen zum Schutz der Arbeitnehmer vorsieht. Die erweiterten Schutzbestimmungen in der Schweiz werden nach Angaben des LANV auf den 1. Januar 1989 in Kraft treten, so dass sich eine entsprechende Anpassung der arbeitsvertraglichen Vorschriften auch in unserem Land aufdränge.

### Schriftliche Begründung gefordert

In der Begründung des Ersuchens an die Regierung hält der LANV fest, dass «heute allzu oft leichtfertige Kündigungen und vor allem fristlose Entlassungen ausgesprochen» würden, die eine Verbes-

serung des Kündigungsschutzes erforderlich machten. Eine wesentliche Verbesserung ergibt sich nach Auffassung des LANV mit der Schaffung der Möglichkeit, dass mit Richterentscheidung eine angemessene Entschädigung zugesprochen werden kann. Ausserdem fordert der LANV, dass eine Kündigung durch den Arbeitgeber auf Verlangen des Arbeitnehmers schriftlich begründet werden muss. Diesen Anspruch des Arbeitnehmers erachtet der LANV als eine entscheidende Verbesserung der rechtlichen Situation des Betroffenen.

Ein weiterer LANV-Antrag lautet, dass missbräuchliche Kündigungen mit Sanktionen zu verknüpfen seien, damit eine vorbeugende Wirkung erzielt werden könne. Nach Auffassung des LANV liegt eine Kündigung wegen persönlicher Eigenschaften vor oder wenn die Kündigung als Reaktion auf die Ausübung eines gesetzlichen Rechtes erfolge. Ferner erfüllt sich der Tatbestand des Missbrauchs nach Angaben des LANV, wenn die Kündigung ausgesprochen wird, um Ansprüche des Arbeitnehmers aus dem Arbeitsverhältnis zu vereiteln oder wenn

der Arbeitnehmer einer Gewerkschaft angehört. Ebenso erachtet der LANV eine Kündigung als missbräuchlich, wenn sie einen in die Betriebskommission gewählten Arbeitnehmervertreter betrifft und der Arbeitgeber nicht beweisen kann, dass ein begründeter Anlass zur Kündigung vorliegt.

### Sperrfristen erweitern

In seiner Eingabe fordert der LANV auch eine Ausdehnung der bereits im Gesetz bestehenden Sperrfristen für Kündigungen zur Unzeit. Bei Krankheit und Unfall soll die Sperrfrist im ersten Dienstjahr auf 30 Tage ausgedehnt, bis zum fünften Dienstjahr auf 90 Tage und ab dem sechsten Dienstjahr auf 180 Tage erstreckt werden. Für Frauen fordert der LANV einen Kündigungsschutz während der ganzen Schwangerschaft sowie 16 Wochen nach der Niederkunft. Der LANV hofft, dass sie beantragten Verbesserungen «innert nützlicher Frist» verwirklicht werden können – wahrscheinlich schwebt dem LANV der gleiche Zeitpunkt des Inkrafttretens wie in der Schweiz, nämlich auf den 1. Januar 1989, vor. (G.M.)

## Dollaranstieg von den Notenbanken gebremst

Zürich (AP) Die führenden europäischen Notenbanken, darunter auch die Schweizerische Nationalbank (SNB), haben am Dienstag den Anstieg des Dollarkurses gebremst, indem sie auf den Devisenmärkten Dollars gegen nationale Währungen verkauften. In Zürich fiel die US-Währung wieder deutlich unter die 1,50-Franken-Marke zurück, die sie am Vortag erstmals seit acht Monaten überschritten hatte.

An den konzertierten Interventionen beteiligten sich neben der SNB die Notenbanken der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Grossbritanniens, Italiens und Österreichs.

## 12 Mio Autos auf der Stadtautobahn St. Gallen

St. Gallen (spk) Seit der Eröffnung der St. Galler Stadtautobahn vor einem Jahr haben rund 12 Mio Fahrzeuge die SN1 passiert. Täglich werden nach Angaben des St. Galler Stadtgenieurs bis 36 000 Autos gezählt. Das 10 Kilometer lange Bauwerk kostete 800 Mio Franken und entlastet exponierte Strassen der Gallustadt um 30 bis 60 Prozent vom Verkehr.

Die St. Galler Stadtautobahn schloss als letztes Teilstück der N1 zwischen St. Margrethen und Genf eine Lücke dieser Nationalstrassenverbindung quer durch die Schweiz. Die SN1 führt grösstenteils durch Tunnels und Galerien unter St. Gallen hindurch.

## Detailhandelsumsätze im Mai angestiegen

Bern (spk) Die Detailhandelsumsätze haben im Mai innert Jahresfrist um 2,1 Prozent zugelegt. Vor allem die Warengruppen Nahrungs- und Genussmittel, Bekleidungsartikel und Textilwaren verzeichneten gegenüber dem Vorjahr eine Umsatzzunahme von je 2,8 Prozent, verglichen mit 0,3 Prozent anderer Branchen.

Wie das Bundesamt für Statistik (BFS) in Bern am Dienstag mitteilte, verzeichneten die Detailhandelsumsätze im Vergleich zum April dieses Jahres eine Abnahme um 3,7 Prozent. Gegenüber dem Mai 1987 wurde eine Abnahme von 5,6 Prozent verzeichnet.

**DENNER-Satellit**  
Ihr privater Detaillist mit echten Discountpreisen

**Schaan-Vaduz**

**Pfirsiche**  
kg  
Fr. 1.25

Beachten Sie die laufenden Denner-Aktionen in der Tagespresse.

**Mehr Nutzen**  
weniger Computer

**MICOMP**  
Kompetente PC-Beratung

MICOMP Aktiengesellschaft  
BBB-Center, Neusand, FL-9495 Triesen  
Telefon 075/2 79 97, Telefax 075/2 60 60  
Off. IBM Personal-Computer-Vertretung